

Bezugspreis: Vierteljahr 16.50 Mk., monatlich 5.50 Mk. ...

Anzeigenpreis: Die achtseitige Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 7. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Auer will sich stellen.

München, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der frühere bayerische Minister, Genosse Erhard Auer, ...

Wir haben schon bemerkt, daß noch keine Gewißheit darüber besteht, ob er in der Auslieferungsliste ...

Die Haltung, die Genosse Auer in der Frage der freiwilligen Stellung einnimmt, wird vielleicht manchem politisch nicht gewöhnlich erscheinen, aber niemand wird leugnen, daß sie menschlich außerordentlich sympathisch ist.

Die Botschafterkonferenz.

Die Botschafterkonferenz trat neuerdings am Freitagabend unter dem Vorsitz Millierands zusammen ...

Eine englische Stimme.

Der „Newspaper“ bringt aus der „Westminster Gazette“ einen Zeitartikel zur Frage der Auslieferung, in dem es heißt: „Jetzt, wo die Liste bekannt ist, Namen wie Hindenburg ...“

Einmütigkeit — doch eigene Politik!

Nürnberg, 7. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach Bekanntwerden des Auslieferungsbefehls ...

Dieser Beschluß unserer Nürnberger Genossen ist lebhaft zu begrüßen. In der gemeinsamen Ablehnung des ententistischen Auslieferungsbefehls kann sich zwar die Möglichkeit einer vorübergehenden Übereinstimmung mit den Rechtsparteien ergeben, es darf aber keinen Augenblick außer acht gelassen werden, daß die grundsätzlichen Anschauungen zwischen jenen und uns so gegensätzlicher Natur sind, daß ein Zusammengehen nur eine Verwässerung der Gegensätze herbeiführen würde, die nicht im Interesse einer gradlinigen Politik gelegen ist.

Wenn wir uns mit aller Bestimmtheit gegen die Auslieferung von Deutschen und ihre Stellung vor parteiliche feindliche Gerichte erklären, so geschieht das nicht aus Sympathie für einzelne Personen, gegen die wir selbst aus Grund unseres Rotenvorschlags vom 25. Januar vorzugehen gewillt sind, sondern es geschieht aus Gründen der internationalen Gerechtigkeit, die es nicht zulassen können, daß der eigene Staatsangehörige von fremden Richtern abgeurteilt wird.

Weichen Ermüdungen entspringt das Verhalten unserer Genossen in Nürnberg den Deutschdemokraten gegenüber, wovon folgende Depesche uns Mitteilung gibt:

und Lubendorff enthält, ist es nicht schwer einzusehen, daß sie die deutsche Regierung in eine unangenehme Situation bringt.

Kein zivilisiertes Gemeinwesen mit nationalen Lebensinteressen würde, wenn es im Kriege unterlegen ist, sich dem Begehren des Siegers fügen, Jagd auf seine berühmtesten Generale zu machen. Hand an sie zu legen und einem Gericht auszuliefern, unter Anklagen, die voraussichtlich zu ihrer Verurteilung führen werden.

Die Forderung könne allen durch eine militärische Tat überwältigender Art abgezwungen werden, wenn die Ententemächte danach streben sollten, die heutige deutsche Regierung zugunsten einer sozialistischen Regierung zu stürzen.

„Westminster Gazette“ kommt zu dem Schluß, man müsse einsehen, daß die Staatsmänner der Entente, die es ermöglichen, daß man auf solche Weise in den Sumpf geriet, ihre Unüberlegtheit und Ungeschicklichkeit bewiesen hätten.

Deutschland kann nicht erfüllen!

In einer Wählerversammlung erklärte Esquith: Nach meiner Ansicht kann Deutschland die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen. Dieser Friede ist nicht der Friede, den wir verlangt haben.

Wir sollten den Vertrag der Entschädigung festsetzen, den und Deutschland und Oesterreich zahlen müssen, die Wiedergutmachungskommission sollte dem Völkerbunde unterstellt werden, und es sollten darin auch die besetzten und neutralen Länder vertreten sein.

Am Freitag wandte sich die Deutsche Demokratische Partei an unsere Parteileitung in Nürnberg, um sie zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Auslieferung zu bewegen. Unsere Genossen lehnten auch dieses ab.

Dieses Verhalten dem Erhalten der Deutschdemokratischen Partei gegenüber ist ebenso erfreulich, wie die Ablehnung konservativer Annäherungsversuche. Er beweist, daß unsere Genossen bei aller nationalen Einmütigkeit dennoch entschlossen sind, sich bei ihrer Handlungsweise von sozialdemokratischen Gesichtspunkten leiten und sich durch keine noch so lodenden „Samenkruste“ irreführen zu lassen.

Verwirrungen beim Gefangenentransport.

In Basel traf am Donnerstagabend ein aus 1000 Personen bestehender Transport deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich ein, der den Schweizer Behörden als Transport polnischer Arbeiter übergeben und als solcher von der Schweiz zur Weiterführung nach Polen über Oesterreich übernommen worden ist.

Soweit die bisherigen Feststellungen ein Urteil gestatten, handelt es sich um deutsche Kriegsgefangene, die sich teilweise den französischen Behörden als Polen bezeichnet hatten, vermutlich, um hierdurch eine Vorzugsbehandlung zu erlangen.

Bei der Fahrt von Basel an die oesterreichische Grenze verließen rund 50 von ihnen den Zug. Ein Teil wurde wieder zurückgebracht, während der andere entkam.

Vernunft oder Hege?

Die Nachricht, daß „Freiheit“ und „Rote Fahne“ wieder erscheinen dürfen, hat die rechtsstehende Presse veranlaßt, ihre Stimm in Fragen der Besorgnis zu legen. Man erinnert sich, wie die Ereignisse des 13. Januar der gleichen Presse Anlaß gaben, mit Befriedigung zu betonen, daß sie immer die Regierung vor Aufhebung des Belagerungszustandes gewarnt habe und daß dieses „Zugeständnis an die Straße“ naturgemäß zu den blutigen Folgen vor dem Reichstag habe führen müssen.

Aus der unverdohlenen Schadenfreude, die sich damals auf der Rechten kundgab, kann man mit einiger Sicherheit schließen, daß der Reaktion gar nichts Lieberes passieren könnte, als wenn jetzt die wiedererwachenden linksradikalen Blätter von ihrer Freiheit in einer Weise Gebrauch machten, daß die Rechte wiederum schockiert werden könnte: „Da habi Freiheit!“ Wenn jeder Versuch der Regierung, die von ihr dringend gewünschten Grundlagen der demokratischen Freiheit zur Tat zu machen, von links mit sinnlosen Anklagen gegen die nackten Lebensbedingungen des Volkes und der Gesamtheit beantwortet wird, dann kann sich die Reaktion ins Häusliche locken.

Die Unabhängigen und Kommunisten haben auf diese Weise schon oft — gewiß nicht mit Absicht aber doch im tatsächlichen Erfolg — die Geschäfte der Feinde jeder Freiheit und jedes Aufstiegs der Arbeiterklasse besorgt. Wollen sie es wieder tun, oder wollen sie aus der Vergangenheit lernen, daß die Verneinung der demokratischen Freiheit von links der auch die Zahl derer vermehrt, welche die demokratische Freiheit aus reaktionären Gesichtspunkten heraus verneinen?

Ihre bisherigen Erfahrungen sollten den Linksradikalen zu denken geben. Vor den Früchten ihrer Selbstkritik hat der Führer — leider erst hinterher — jedesmal selber geglaubt. Wer von ihnen erinnert sich jetzt noch gern des Entschlusses vom Januar 1919? In allen unabhängigen und kommunistischen Blättern wird seit Monaten offen zugegeben, daß man sich damals zu einem schweren Fehler habe hinreißen lassen, daß Unklarheit und Uebereilung einiger Mitglieder die unheilvollsten Folgen für die äußerste Linke selber heraufbeschworen haben.

Und ist es mit den Januarereignissen von 1920 um ein Haar anders? Wir erinnern daran, wie tadelnd die „Rote Fahne“ sich über die ganze Veranstaltung ausgesprochen hat, in der sie weder Ziel noch Zweck erkennen konnte, wie der Kommunist Fritz Wolffheim über die Verantwortlichen Hohn und Spott ausgegossen hat. Auch in unabhängigen Kreisen beginnt man vorläufig von der Sache abzurücken, und in kurzem wird auch hier nichts weiter übrig bleiben, als das Eingeständnis einer elementaren politischen Dummheit.

Rufen nicht ferner bei ehrlicher Selbsterkenntnis die unabhängigen Führer selbst auf, daß sie sich auf dem Boden der demokratischen Freiheit und Gerechtigkeit für die Arbeit ansetzen läßt, sofern sie nur den ehrlichen Versuch dazu machen? Sie haben den Parlamentarismus verhöhnt, aber gerade die zeitungslosen Wochen, deren Dauer wir gern verkürzt gesehen hätten, dürften ihnen den Wert der parlamentarischen Tribüne wieder zum Bewußtsein gebracht haben.

Und in welcher Frage vertritt ihnen die geschlechtlose Opposition Erfolg? In der Auslieferungsforderung? Die Radikalen sind von ihnen zu, daß es sich um ein schweres Unrecht gegen das deutsche Volk und die Grundzüge der internationalen Gerechtigkeit handelt. Bisher aber war es nur die von der Sozialdemokratie stets abgelehnte Lehre des Grafen Leo Tolstoi, die verkündete, daß man dem Unrecht nicht widerstreben dürfe. Kein Sozialdemokrat, welcher Richtung auch immer, hat das anerkannt; stets hat die Arbeiterklasse den Kampf ums Recht als sittliche Pflicht betrachtet. Wollen sich die Unabhängigen dieser Pflicht entziehen? Wir weisen darauf hin, daß auch in ihren Reihen der Standpunkt der erbitterten Mehrheit des deutschen Volkes energische Vertreter findet, daß z. B. ihre bayerischen Genossen die Auslieferung ebenso ablehnen wie wir.

Und ähnlich verhält es sich in den anderen entscheidenden politischen Fragen, die zurzeit im Vordergrund stehen. Von Tag zu Tag wächst die Zahl der Verächter unabhängiger Parteigruppen, die sich auf den Boden des Betriebes stützten, die sich auf den Bahnen befanden, d. h. auf geistlichem Wege diese Waffe der Arbeiterklasse verbessern und schärfen wollen. Bald wird wohl die ganze unabhängige Partei lädenlos auf diesem





